

Ressort: Finanzen

Wirtschaftsweiser Bofinger für Wiederbelebung der Eigenheimzulage

Berlin, 13.07.2017, 13:29 Uhr

GDN - Der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger plädiert dafür, dass der Staat Wohneigentum wieder stärker fördert. "Es ist ein Jammer, dass die Eigenheimzulage abgeschafft wurde; sie hat es für viele Familien in der Mittelschicht leichter gemacht, eine Immobilie zu finanzieren", sagte der Ökonom, der an der Universität Würzburg lehrt und forscht, der "Welt" (Freitagsausgabe).

"Ich plädiere dafür, dass sie wiedereingeführt wird. Heute ist es wichtiger denn je, dass der Staat das Wohneigentum fördert." Es sei ein erhebliches Versäumnis, dass der Staat Familien aus der Mittelschicht nicht mehr dabei helfe, selbst genutztes Wohneigentum zu schaffen. Die gegenwärtige Niedrigzinspolitik, unter der Sparer nur minimale reale Renditen erzielen, illustriere wie verhängnisvoll es sei, dass Sparer durch die staatliche Förderung vorrangig in teure Finanzprodukte gelenkt werden. "Der Staat hat in den vergangenen Jahren massiv das Geldsparen gefördert, aber das ging zulasten der Vermögensbildung in Sachwerten", sagte Bofinger, der als Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Bundesregierung berät. "Überlegen Sie mal, wie viele Menschen in Berlin oder München sich heute freuen würden, wenn sie 2008 oder sogar noch früher eine Eigentumswohnung gekauft hätten. Die zahlen jetzt Miete und ihr Geld steckt in irgendwelchen Anlageprodukten, die praktisch keine Zinsen abwerfen." Dass es die staatliche Förderung für das selbstgenutzte Haus nicht mehr gibt, erklärt Bofinger mit dem starken Einfluss der Finanzbranche auf politische Entscheider. "Der Verlust der Eigenheimzulage ist letztlich ein Erfolg der Versicherungslobby", sagte der Ökonom. "Es war eine Meisterleistung der Versicherungslobby, die Idee zu verankern, dass die Eigenheimzulage eine ganz fiese Subvention ist, die abgeschafft werden muss. Stattdessen haben wir jetzt die Entgeltumwandlung, bei der Unternehmen und Staat Geld in Richtung Fondsgesellschaften und Versicherungen schieben." Wer hingegen mit einer eigenen Immobilie für die Zukunft spare, falle als Anleger für die Finanzbranche und vor allem für die Kapitallebensversicherungen praktisch völlig aus. Die Eigenheimzulage, mit der selbstgenutztes Wohneigentum gefördert wurde, gab es ab 1995, bis sie 2005 von der damaligen Großen Koalition abgeschafft wurde. Ordnungspolitisch galt die Prämie als äußerst bedenklich, weil sie große Verzerrungen verursachte. Angesichts steigender Mieten und knappen Wohnraums in den Metropolen haben die Parteien das Thema Wohnungsbau allerdings neu entdeckt und ziehen mit Vorschlägen für neue staatliche Hilfen in den Bundestagswahlkampf. Die SPD will die Eigenheimzulage wiederbeleben - allerdings nur für Familien bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze und nur in bestimmten Regionen. Die Union will derweil ein Baukindergeld einführen und Familien beim Kauf der ersten Immobilie die Grunderwerbssteuer erlassen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-92003/wirtschaftsweiser-bofinger-fuer-wiederbelebung-der-eigenheimzulage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com